



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Finanzierung der Blutuntersuchungen im Landkreis Altötting sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die erforderlichen Finanzmittel für eine umfangreiche Untersuchung der Perfluorooctansäure (PFOA)-Blutkonzentration von im Landkreis Altötting ansässigen Bürgern zeitnah und unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) stellte im Rahmen einer Untersuchung von Blutplasmaproben aus dem Raum Emmerting fest, dass die Konzentration von PFOA 20-mal so hoch war wie in einer Vergleichsgruppe aus München und Passau. Im Chemiewerk Gendorf wurde bis 2008 PFOA verwendet und gelangte in das Wasser und die Umwelt. Es reichert sich über Feinstaub, Nahrungsmittel und das Trinkwasser im Menschen an. Wie lange es dauert, bis PFOA vom menschlichen Körper abgebaut wird, ist noch nicht geklärt. Das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege geht von zwei bis drei Jahren aus, aber auch vier Jahre werden in Fachkreisen diskutiert.

Vor dem Hintergrund der Gesundheitsgefahren durch PFOA ist schnellstmöglich eine umfangreiche Untersuchung durch das LGL einzuleiten, in welchem Maße die Bürger im Landkreis Altötting betroffen sind. Aus diesem Grund hat sich der dortige Kreistag für eine Untersuchung freiwilliger Bürger ausgesprochen und auch bereits Gespräche mit dem LGL geführt. Dazu sollen in bis zu fünf Kommunen maximal je 150 Bürger getestet werden und diese Untersuchung nach einiger Zeit wiederholt werden, um aussagekräftige Informationen zur Halbwertszeit von PFOA zu erhalten. Wichtig ist, dass auch persönliche Lebensumstände angegeben werden, um die Aussagekraft der Untersuchungsergebnisse zu erhöhen. Aus diesem Grund ist es nicht zielführend, aus Gründen der Kostenersparnis als Kontrollgruppe auf die Daten der Untersuchung in München zurückzugreifen, weil dort derartige Informationen nicht erhoben wurden.